

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Waffenstillstand in Beirut

Beirut - Die schiitischen Moslemmilizen haben nach zwölf-tägigem Kampf um die palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut überraschend einen Waffenstillstand ausgerufen. Eine entsprechende Vereinbarung folgte Berichten, dass der syrische Staatspräsident Hafes el Assad Truppen nach Beirut entsenden will, um die verlustreichen Kämpfe zwischen Schiiten und Palästinensern sowie zwischen Christen und Moslems zu beenden.

Fussball-Katastrophe: Konsequenzen

Brüssel/London - Nach der Katastrophe im Brüsseler Heysel-Stadion wurden in London und Brüssel Konsequenzen aus den blutigen Geschehnissen überlegt. Die belgische Regierung verbot britischen Fussballmannschaften die Einreise. Die britische Premierministerin Thatcher schlug einen freiwilligen Verzicht britischer Vereine auf die europäischen Pokalwettbewerbe vor. Auf Fernsehbildern wurde unterdessen ein Mann mit einer Schusswaffe entdeckt.

Treffen DGB und DDR-Gewerkschaftsbund

Düsseldorf - Eine Delegation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR ist mit Vertretern des DGB in Düsseldorf zusammengetroffen. In deutlicher Anspielung auf die bei den bundesdeutschen Vertriebtreffen laut gewordenen Forderungen erklärte beide Organisationen übereinstimmend, sie respektierten die «politischen Realitäten und Grenzen in Europa, wie sie sich als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges herausgebildet haben».

Positive Entwicklung der Wirtschaft hält an

Das Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte die Zahlen der Konjunkturumfrage für das 1. Quartal 1985

Unserer Wirtschaft geht es weiterhin gut. Die allgemeine Situation wird im neuesten Konjunkturbericht des Volkswirtschaftsamtes für das erste Quartal 1985 als gut beurteilt. Von den vorangegangenen Befragungen unterscheidet sich das Ergebnis nur in Nuancen. Die Aus-sichten auf das zweite Quartal dieses Jahres werden als ebenso optimistisch beurteilt.

Der Quartals-Fragebogen wurde am 1. April 1985 an 82 Firmen versandt, bei denen etwa 7550 Personen beschäftigt sind. Eine Rückantwort ging von 37 Firmen mit zusammen 6289 Beschäftigten ein. Die Antwortquote, bezogen auf die Firmenanzahl, beträgt damit 45,1 Prozent, bezogen auf die Beschäftigtenzahl 83,3 Prozent.

Lagebericht positiv

In der Mehrzahl der eingegangenen Antworten aus der Unternehmerbefragung (gewichtet nach Beschäftigtenzahl) wird die allgemeine Lage am Stichtag 1. April 1985 sowohl rückblickend als auch vorausschauend positiv beurteilt. Von niemandem wird das vergangene 1. Quartal 1985 als «schlecht» eingestuft und nur in einem einzigen kleinen Betrieb wird das 2. Quartal mit schlechten Erwartungen angegangen. Der errechnete Mittelwert von 127 (von 150 möglichen) Punkten für den Rückblick auf das 1. Quartal 1985 und von 128 Punkten für die Erwartungen auf das 2. Quartal 1985 liegt daher noch immer sehr hoch, wenngleich ein deutlicher Rückgang gegenüber den vorangegangenen beiden Umfragen festgestellt werden muss.

Zumeist gestiegene Umsätze

Bezüglich Auftragsengängen und Umsätzen erweist sich das 1. Quartal 1985 als sehr erfolgreich. In 66 Prozent der Fälle werden die Auftragsengänge rückblick-

end als «steigend» bezeichnet, die Umsätze sogar in 79 Prozent aller Fälle. Nur von 1 Prozent werden gesunkene Auftragsengänge und von 8 Prozent abnehmende Umsätze festgestellt. Für das kommende Quartal wird im allgemeinen mit gleichbleibenden bis steigenden Auftragsengängen und mit steigenden Umsätzen gerechnet.

Der Personalbestand ist nach Angaben der antwortenden Unternehmensleitungen leicht gestiegen. Für das 2. Quartal 1985 kann aufgrund der Umfrage mit weiter steigender Beschäftigung gerechnet werden.

Die Auslastung der Produktionsanlagen ist im abgelaufenen Quartal mehrheitlich gestiegen. Nur 7 Prozent melden fallende Anlagenauslastung. Für das 2. Quartal 1985 wird in keinem Fall eine abnehmende, aber je zur Hälfte eine gleichbleibende bzw. steigende Anlagenauslastung erwartet.

Ertragsentwicklung gut

In der Kostenentwicklung setzt sich der Trend von 1984 fort. Nach wie vor melden die meisten Befragten für das 1. Quartal gestiegene Kosten für den Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Diese Entwicklung wird auch für das 2. Quartal 1985 erwartet. Diese gestiegenen Kosten können scheinbar nicht in allen Fällen auf die Verkaufspreise übertragen werden, da die Nennungen über gestiegene Verkaufspreise unter denjenigen über gestiegene Einkaufspreise liegen. Mit dieser Entwicklung muss nach der Auswertung der Befragungsergebnisse auch im kommenden Quartal gerechnet werden.

Entsprechend ist die Ertragsentwick-

lung des 1. Quartals 1985 gegenüber dem Jahr 1984 aus der Sicht der Befragten etwas gedämpft. Rund ein Drittel (wie immer nach der Zahl der Beschäftigten gewertet) verbucht gestiegene Erträge, während bei fast zwei Dritteln die Erträge gleichbleibend sind. In den vier Quartalen 1984 waren jeweils bei mehr als der Hälfte die Erträge gestiegen. Für das 2. Quartal 1985 sind die Erwartungen stabil. Gegenüber den berechneten optimistischen Erwartungen im Jahr 1984 rechnen am 1. April 1985 nur noch 33 Prozent mit steigenden Erträgen, während 65 Prozent gleichbleibende Erträge erwarten. Einen Rückgang der Erträge befürchten nur 2 Prozent. Wertet man die Umfrage bezüglich der Ertragsentwicklung nach der Zahl der Betriebe aus, ergibt sich ein leicht verändertes Bild: 17 Prozent der Betriebe mit 7 Prozent der Beschäftigten verzeichnen im 1. Quartal 1985 fallende Erträge, 14 Prozent der Betriebe mit 2 Prozent der Beschäftigten rechnen für das 2. Quartal 1985 mit fallenden Erträgen. Bei den kleinen Betrieben scheint der starke Konkurrenz- und Preisdruck stärker auf die Ertragslage durchzuschlagen.

Das Baugewerbe: Optimismus

Insgesamt wird das 1. Quartal 1985 von allen antwortenden Bauunternehmen als «befriedigend» (85 Prozent) oder sogar «gut» (15 Prozent) eingeschätzt. Die Aussichten für das kommende Quartal sind mehrheitlich «gut» (54 Prozent); nur 3 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung der Lage. Während die Umsätze leicht gestiegen sind, scheint die Ausla-

(Fortsetzung auf Seite 2)

KOMMENTAR

Das Fürstentum Liechtenstein ist, so heisst es meistens, wenn wir uns gegenüber dem Ausland vorstellen wollen, ein moderner Industrie-, Dienstleistungs- und Sozialstaat. Vor allem auf den letzten Begriff legt man zunehmend mehr Wert, denn auch die Selbstdarstellung scheint ein wesentliches Element der Politik zu sein.

Doch der Teufel steckt, wie so meistens, im Detail. Dafür liefert die neueste Regierungsvorlage zur Abänderung des Steuergesetzes ein anschauliches Beispiel. Die sogenannte «kalte Progression» soll mit der Senkung der Steuersätze und mit einem Aufschub des Beginns der Progressionsskala ausgeglichen werden, damit der Staat nicht mehr weiter von den teuerungsbedingten Erhöhungen der Erwerbseinkünfte profitiert. Recht so, denn die von der Regierung mitgelieferten Daten führen recht eindrücklich vor Augen, dass nicht nur die «kalte Progression» dem Steuerzahler erheblich mehr Geld aus der Ta-

Sozial- oder Unsozialstaat?

sche sage, als dem Staat eigentlich zustehen würde, sondern sie verdeutlichen auch, dass es in den letzten Jahren seit der letzten Revision erhebliche Verzerrungen gegeben hat.

Die teuerungsbedingte Erhöhung der Arbeitseinkünfte beläuft sich nach diesen Berechnungen auf 17,4 Prozent, während der Anstieg der Landes- und Gemeindesteuern im gleichen Zeitraum rund 35 Prozent beträgt, was zum überwiegenden Teil auf die Folgen der «kalten Progression» zurückzuführen ist.

Diese Verzerrung findet ihre Fortsetzung in noch eindrücklicherer Form bei der Aufschlüsselung der Steuerlasten nach Erwerbseinkommen und Zivilstand. Für Alleinstehende mit einem steuerbaren Erwerb von 2500 Franken im Monat beläuft sich die Mehrbelastung auf 37 Prozent, während sie für Verheiratete mit zwei Kindern sage und schreibe 82,4 Prozent beträgt.

Oder ein anderes Beispiel: Sofern der steuerbare Erwerb 3500 Franken im Monat beträgt, reduziert sich für Alleinstehende die Mehrbelastung auf 32,3 Prozent, für Verheiratete mit zwei Kindern sinkt er auf 51,3 Prozent.

Von sozial im eigentlichen Sinne kann wohl nicht mehr die Rede sein, wenn die niedrigen Einkommen stärker prozentual besteuert werden und wenn die Familien einer grösseren steuerlichen Belastung ausgesetzt sind als die Alleinstehenden.

Mit der Vorlage zum Ausgleich der «kalten Progression» werden diese Mängel nicht beseitigt. Dafür müssten die Abzugsmöglichkeiten für Familien mit Kindern und dergleichen ebenfalls erweitert werden. Ein Schritt wird mit dem von der FDP geforderten Ausgleich der «kalten Progression» getan, weitere sollten folgen. Die Steuerreform, die solche Mängel beseitigen soll, lässt weiter auf sich warten.

Bis dahin werden die Kleinen im Verhältnis zu den Grossen stärker besteuert. Sozialstaat? (G. M.)

Justizministerkonferenz

(paf) - Die Regierung beschliesst die Teilnahme an der informellen Justizministerkonferenz in Edinburgh vom 14. Juni 1985. An die Konferenz werden Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, Ressortsekretär Dr. Herbert Wille und Landgerichtsvorstand Dr. Franz Rederer delegiert.

Autofreier Sonntag

(paf) - Die Regierung beschliesst die Durchführung des nächsten freiwilligen autofreien Sonntags am 15. September 1985. Gleichzeitig werden die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege geleitet.

Unserer Demokratie eine neue Chance

Mitbürgerinnen und Mitbürger zur bevorstehenden Abstimmung über die Volksinitiativen

Ich bin der Auffassung, dass unsere Volksvertretung mit 15 Abgeordneten einfach überfordert ist. Wie soll sie Regierung und Verwaltung kontrollieren, ihre Arbeit als gewählte Vertreter des Volkes so verrichten, dass der Bürger zufrieden damit ist, wenn man seit Jahren schon von einer erheblichen Überlastung und von einer zu starken Beanspruchung der Parlamentarier spricht, die ihr Mandat im Nebenamt ausüben müssen.

Deshalb bin ich für eine Aufstockung der Abgeordnetenzahl auf 25 Vertreter, so wie es die FBP-Lösung vorsieht. Die Bürgerpartei hat meiner Meinung nach auch das Stellvertretersystem besser geregelt als die VU, die nur 21 ordentlich zu wählende Abgeordnete aber dafür zehn Stellvertreter vorsieht, die mit denselben Rechten ausgestattet werden sollen, wie die vom Volk direkt ins Parlament gewählten.

Der Stellvertreter soll - wie es der Begriff schon aussagt - nur eine Stellvertreterfunktion erhalten, zum Beispiel im Verhinderungsfalle oder bei Landesabwesenheit eines ordentlich gewählten Abgeordneten, für diesen im Landtag Einsitz nehmen. Ich bin nicht dafür, dass diese vom Volk gewählten Abgeordneten in Kommissionen oder gar Auslandsdelegationen (z.B. Europarat) berufen werden. Dies macht besonders gegenüber dem Ausland kein gutes Bild. Wenn man schon JA zum Europarat gesagt hat, sollen uns dort auch wirklich nur die vom Volk direkt gewählten Parlamentarier vertreten. Und hier sieht der 25er-Vorschlag der FBP eine klare Regelung vor. Die VU will im Gegensatz dazu auch nichtgewählte Abgeordnete in Auslandsdelegationen entsenden, obwohl sie weiss, dass die anderen Mitgliedsländer des Europarates diese Massnahmen nicht gerade billigen.

Noch etwas: bei 25 ordentlich zu wählenden Abgeordneten erhöhen sich die Chancen beträchtlich, dass auch Frauen und aber auch ein breiteres Spektrum von Berufsgruppen in den Landtag kommen. Bei 15 oder 21 Abgeordneten ist diese Chance doch nicht gleich gross, wie es die VU bisweilen dem Volk weismachen will. Für mich sind 25 immer noch mehr als 21 oder gar 15 Abgeordnete. Da gibt es kein Wenn und Aber.

Deshalb plädiere ich für die FBP-Lösung mit dem Vorschlag von 25 Abgeordneten und der Reduzierung der Stellvertreter auf ein Mindestmass. Die FBP-Volksinitiative gibt unserer Demokratie eine neue Chance.

Erwin Heeb (Schaan)

Hundert Verletzte bei Zugunglück in London

London (AP) Mindestens 100 Menschen sind nach amtlichen Angaben beim Zusammenstoss eines zwischen London und dem südlich davon gelegenen Flughafen Gatwick verkehrenden Eilzugs mit einem Nahverkehrszug verletzt worden. Ursache des Unglücks war zunächst nicht bekannt, wie ein Sprecher der staatlichen Eisenbahn (British Railways) berichtete. Die meisten Verletzungen waren leichter Natur, nur zwei der Opfer wurden zur stationären Behandlung in einem Krankenhaus zurückbehalten.

Der Gatwick-Express war am Vormittag, vom Flughafen kommend, in der Nähe der Südlondoner Station Battersea Park auf den Nahverkehrszug aufgefahren. In Spitzenzeiten wird die Strecke zwischen Gatwick und dem Londoner Zentralbahnhof Victoria alle 15 Minuten von einem Flughafenexpress befahren. Nach dem Unfall kam es im Zugverkehr von und zur Victoria-Station zu Verspätungen.

Türke soll Papst-Attentäter sein

Aussage eines Jugendfreundes Agcas

Ankara (AP) Der am 14. Mai in den Niederlanden mit einer Pistole festgenommene Türke Samet Aslan ist nach einem Bericht der Istanbul Tageszeitung «Tercuman» möglicherweise mit dem Attentäter Oral Celik identisch, der 1981 beim Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II. einen der drei Schüsse abgab. Der zweite Attentäter, der Türke Mehmet Ali Agca, wurde wegen des Mordanschlags zu lebenslanger Haft verurteilt. Aslan war während des Papstbesuchs in den Niederlanden in einem aus Deutschland kommenden Zug festgenommen worden. Er trug eine Pistole des Kalibers neun Millimeter bei sich.

Die Zeitung veröffentlichte am Donnerstag Agcas Jugendfreund Suleyman Yetkin mit den Worten, die deutsche Polizei habe ihm ein Foto Aslans gezeigt, das ihr von der niederländischen Polizei übermit-

Panama/Südafrika: Abbruch der Beziehungen

Panama-Stadt (AP) Panama hat aus Protest gegen die Apartheidpolitik Pretorias seine konsularischen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen. Das panamaische Ausserministerium teilte mit, Panama habe in den Vereinten Nationen stets die Resolutionen unterstützt, in denen Südafrika wegen seiner Politik der Rassen-trennung verurteilt wurde. Infolgedessen sei bereits 1984 das panamaische Konsulat in Südafrika geschlossen worden. Am 23. Mai 1985 habe Panama den Honorar-Generalkonsul Südafrikas in Panama-Stadt, Henry Darlington, über die vollständige Beendigung der konsularischen Beziehungen zu Südafrika unterrichtet.

Darlington erklärte, bereits vor sieben Jahren seien die vollen diplomatischen Beziehungen beider Staaten auf Konsulats-ebene herabgestuft worden. Das Ausserministerium erklärte dazu, Panama habe mit Südafrika niemals Botschafter ausgetauscht.

